

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 400.— M. Einzelverkaufspreis 40.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckige Zeile oder deren Raum 100.— Mark, auswärtige 120.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 90 M., für Reklamen 400.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 10.

Freitag, 12. Januar 1923.

30. Jahrgang.

Der wahnsinnige Militarismus.

Belagerungszustand in Essen. — Selsenkirchen und Bochum besetzt.

Die Besetzung Essens.

SPD. Bochum, 11. Januar. (Eig. Drahtber.)

Seit Donnerstag mittag ist Deutschland seiner wichtigsten Lebensader beraubt. Durch eine militärische Aktion, die hauptsächlich Frankreich diktiert wurde, sind ihm Gebietsstücke genommen, deren Produktionskraft in jeder Hinsicht für die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Drei Fünftel der deutschen Kohlen werden im Ruhrgebiet gefördert, davon allein ungefähr zwei Fünftel in dem Teil, der jetzt von Militär besetzt und wirtschaftlich vollkommen von französischen und belgischen Ingenieuren abhängig ist. Arbeitslosigkeit im Inneren Deutschlands werden die ersten verheerenden Folgen sein, die der jetzt durchgeführte und lange angeordnete Gewaltakt im Ruhrgebiet nach sich zieht. Man kann sich auch noch so oft keine Aktion mit den finanziellen Notwendigkeiten seines Landes verteidigen, darüber täuscht nichts mehr hinweg: nachdem die ausschließlich militärische Besetzung des Westens bis einschließlich Duisburg der französischen Politik keine Erfolge gebracht hat, sucht man durch eine kombinierte militärisch-wirtschaftliche Aktion die Vernichtung der deutschen Reichseinheit durch Herbeiführung der Zerkünderung im Innern zu erreichen.

Der Hauptstoß der französischen Aktion richtete sich naturgemäß gegen Essen, das außer Mülheim-Ruhr, Oberhausen, dem Landkreise Dinslaken, einem Teile des Landkreises Recklinghausen und einem eigenen Landkreise dem wirtschaftlichen Einfluss der deutschen Behörden mit dem heutigen Tage entzogen ist. Die leitenden Stellen des wirtschaftlichen Lebens, das Kohlenindustriale, die Eisenbahn, Post, Telegraf und die Kanalbau-Direktion wurden militärisch besetzt. Der Einmarsch der Franzosen erfolgte mit einem ungeheuren militärischen Aufwand: Tanks, Panzerautos, Kavallerie, Motorfahrzeuge, Radfahrkompanien, endlose Infanterie-Bataillone wurden verwendet, kurz alles, was dem Wahnsinn des französischen Militarismus kennzeichnet war zu sehen. Die Kavallerie-Beritte trugen Patronenparks um den Hals. Nach erfolgter Durchsicherung der wirtschaftlichen Zentren, wie des Kohlenindustrials und der Kanalbau-Direktion, die inzwischen ihre Haupttätigkeit von Essen in das Innere Deutschlands verlegt hatten, wurde in weitem Kreise das ganze Netz der Straßen und Zugänge zum Rathaus durch Panzerautos und starke doppelte Cordons von Kavallerie abgesperrt, die sich ab und zu das Vergnügen leisteten, in die sich bildenden Kreise der Neugierigen hineinzureiten. Nach der Beendigung der Verhandlung des Oberkommandierenden General Deboutte mit dem Oberbürgermeister zogen die Truppen zum großen Teile unter Zurücklassung eines Kommandeurs, 30 Offiziere und 300 Mann in der Stadt selbst zur Bewachung der ehemals wirtschaftlichen Monopolgebäude wieder ab. Damit aber ist der Anschein, daß es sich nur um eine „rein wirtschaftliche“ Aktion unter militärischer Sicherung handelt, nicht gemacht. Die Truppen stehen feindlich in Stärke von mehreren Divisionen an der Peripherie von Essen.

Der erste militärische Akt in dem neubesetzten Gebiet war die Verkündung des Belagerungszustandes. Sofort nach Durchzug der ersten Truppen wurden Plakate angeklebt, wie sie inhaltlich bei der Besetzung Duisburgs und Düsseldorf's Verwendung gefunden haben. Pressefreiheit wird natürlich „aufrechterhalten“, jedoch sollen Beleidigungen mit schweren kriegsgerichtlichen Strafen bedacht werden. Weiter heißt es in der Verordnung:

„Die deutschen Gehehe und insbesondere die sozialen und Arbeitergehehe verbleiben in Kraft. Der Achtungstag bleibt grundsätzlich aufrechterhalten.“ Die deutschen Behörden haben den Befehlen, die ihnen von militärischer Seite erteilt werden, unbedingt Folge zu leisten. Sie haben den militärischen Behörden von sämtlichen wichtigen Ereignissen unverzüglich Kenntnis zu geben. Die Polizei wird weiterhin die Ordnung aufrechterhalten.“ — Ferner wird die Ablieferung sämtlicher Waffen verlangt; jeder Bewohner des neubesetzten Gebietes und jeder Zureichende muß im Besitz eines Personalausweises sein. Verfügungen dieser Verordnung behält sich die Besatzungsbehörde natürlich vor.

Die „rein wirtschaftliche“ Aktion wird also militärisch geleitet, wie die „rein militärischen“ Besatzungsmaßnahmen im Sanktionsgebiet Duisburg-Düsseldorf. Das ist für uns Beweis genug, daß Frankreich in den neubesetzten Landesteilen ebenso wenig Erfolg haben wird, wie in den Gebieten, die vor einjährig Jahren einen Gewaltakt des Militarismus über sich ergehen lassen mußten. Die „wirtschaftliche Aktion“ muß im Gegenteil bald gegen Frankreich wirken. Das verheißt — kam das französische Volk. Aber Voraussetzung bleibt: Fort mit dieser Regierung! Wie lange noch duldet die französische Bevölkerung den Wahnsinn seiner Militärs, die Milliarden nutzlos hinauswerfen, hat sie zum Ausgleich dem Etat zu zahlen, Milliarden sinnlos verschleudern, um ein Volk zu frangalisieren, das seit Jahren verhungert, Nordfrankreich wieder aufzubauen und bereit ist, entsprechend seinen Kräften das Verbrechen der ehemaligen Regierenden wiederherzustellen?

Daß die französische Aktion dem Volke nicht viel einbringt, dafür wird die Bevölkerung der neubesetzten Gebietsteile sorgen. Der Empfang der Franzosen in Essen, der gehässigste Protest jeder neubesetzten Gemeinde sollte zeigen, wie die deutsche „Sympathie“ für Frankreich aussieht. Das Traurige an diesem Wahnsinn bleibt nur, daß er sich vollziehen konnte, unter dem stillschweigenden Einverständnis von Mächten, die die französische Aktion von vornherein als sinnlos gekennzeichnet haben.

Der Empfang!

SPD. Essen, 11. Januar. (Eig. Drahtber.)

Ueber die Verhandlungen, die der Oberbürgermeister mit dem französischen Kommandierenden hatte, erfahren wir aus Gesprächen mit französischen Journalisten noch folgendes: Der General schickte einen Staatshauptmann zum Oberbürgermeister, um ihm zu sagen, daß er den General vor der Tür des Rathhauses erwarten sollte. Der Oberbürgermeister lehnte dieses Ansuchen ab und ließ dem General sagen, wenn er ihn zu sprechen wünsche, sei er bereit, ihn in seinem Amtszimmer zu empfangen. Schließlich begab sich der Kommandierende an der Spitze einer feierlichen Eskorte von drei hohen französischen Offizieren, 12 Stabsoffizieren und endlich ebensoviele Subaltern-Offizieren, denen sich der Schwarm der französischen Journalisten angeschlossen, in das Zimmer des Oberbürgermeisters. Als die Offiziere eingetreten waren, wurde die Tür rasch geschlossen und die französischen Presseleute blieben ausgesperrt. Der Empfang und der ganze Verlauf der Verhandlung war rein formell und ausgesprochen eiskalt. Der französische General eröffnete dem Oberbürgermeister, daß er im Auftrage seiner Regierung verschiedene Maßnahmen durchzuführen habe, nämlich die Besetzung der einzelnen Gebäude. Wenn diese Maßnahmen durchgeführt seien, werde die Besetzung zum größten Teil wieder aus der Stadt entfernt. Er hinterlasse einen Kommissar, der die Führung der weiteren Angelegenheiten übernehme. In Alten-Essen werden 30 Offiziere und etliche hundert Mann verbleiben, in Essen selbst ein General, 30 Offiziere und 300 Mann der übrige Teil in der Umgebung. Für diese Militärs wurde sofort die Bereitstellung von Quartieren verlangt.

Der Oberbürgermeister entgegnete, daß er sich nur dem militärischen Zwange füge und daß er gleichzeitig namens der Stadt Essen feierlichen Einspruch gegen diese Vergewaltigung der Stadt erhebe. Der General nahm diesen Protest zur Kenntnis und verabschiedete sich.

Der Belagerungszustand.

Essen, 11. Januar.

Nachdem in den gestrigen Abendstunden die Vortruppen der Franzosen bereits die Vororte von Essen besetzt hatten, rückten sie heute mittag zwischen 1 und 2 Uhr etwa in Stärke von einem Regiment Kavallerie, zwei Radfahrer-Kompagnien und mehreren Maschinengewehr-Kompagnien in Essen ein. Der Vormarsch geschah in Form einer planmäßigen Belagerung. Es wurden besetzt: die Post, der Bahnhof, das Rathaus und das Dienstgebäude des ehemaligen Kohlenindustrials.

Es wurden ferner Plakate angeklebt, die den Belagerungszustand über Essen erklären.

Selsenkirchen und Bochum besetzt.

Selsenkirchen, 12. Januar.

Die Franzosen sind im Laufe des gestrigen Abends eingedrungen und haben die Stadt besetzt.

Bochum, 12. Januar.

In Ratingen, südlich Bochums sind Vorhut der französischen Belagerungstruppen eingetroffen. Der deutsche Ammoniakverband hat, dem Beispiel des deutschen Kohlenindustrials folgend, seine Dureaus geräumt. Auch das Bochumer Zollamt ist besetzt worden.

Gegen den Imperialismus! Für die Verständigung der Völker.

Genossen und Genossinnen!

Der französische Imperialismus ist mit belgischen Hilfstruppen in das Ruhrgebiet eingedrungen. Er gibt vor, sich dadurch die im Versailler Diktat ihm zugesprochenen Reparationen sichern zu wollen. Die angeblichen deutschen Verfehlungen geben der französischen Regierung aber nach dem Vertrag nicht das geringste Recht zur Anwendung dieser brutalen Methode der Gewalt, sondern nur das Anrecht auf Ersatz der Sachleistungen durch Verzinsung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist seit dem Ende des Krieges stets dafür eingetreten, daß Deutschland zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens Material bereitstellt und Zahlungen in den Grenzen seiner Fähigkeit leistet. Die

Leistungsfähigkeit Deutschlands hängt aber ab von der Sicherheit seiner wirtschaftlichen Betätigung. Militärische Gewalttaten müssen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands hindern, seinen Kredit zerstören und damit die Grundlage zur Erlangung der notwendigen Anleihen zerstören, die die Voraussetzung von wesentlichen Reparationszahlungen sind.

Die Erweiterung des besetzten Gebietes ist unvereinbar mit dem Versailler Vertrag. Sie zeigt, daß auch vier Jahre nach dem Kriegsende der französische Militarismus, gefolgt von belgischen Hilfstruppen, noch mit den Mitteln des Krieges arbeitet. Sie zeigt, daß trotz Völkerbund keine Befriedung Europas erreicht ist. Die Erweiterung des besetzten Gebietes erfordert eine Vermehrung der Entente-Truppen. Sie hat zur Folge, daß dem militärischen Moloch Goldmilliarde über Goldmilliarde geopfert wird, während der Aufbau der verwüsteten Gebiete, der mit diesen Milliarden erfolgen könnte, stillschweigend vernachlässigt wird.

Für die Bewohner des Ruhrgebietes bringt die französische Gewaltpolitik alle die Leiden, die die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes nun seit mehr als vier Jahren der Fremdherrschaft kennt. Wir sind überzeugt, daß insbesondere die Arbeiterklasse in dem neubesetzten Gebiet sich mit derselben Energie zur deutschen Republik bekennen wird, wie das die Arbeiterklasse links des Rheins seit Kriegsende getan hat.

Unser Protest gegen die Gewaltmethode des französischen Militarismus wird in der Welt dröhnen um so mehr Widerhall finden, wenn die deutsche Bevölkerung erkennen und fest für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eintritt. Aus diesem Grunde lehnt die Sozialdemokratische Partei es auch ab, mit Nationalisten, denen es, wie ihre Sprache beweist, nicht um Völkerverständigung, sondern um Völkerverherrlichung zu tun ist, gemeinsam zu demonstrieren. Die Sozialdemokratische Partei wird dies in eigenen Veranstaltungen tun. Wir rufen die Parteigenossen und Parteigenossinnen im ganzen Reich auf, in Veranstaltungen gegen die neueste Verletzung des Völkerrechts, gegen jeglichen Imperialismus; für die Befriedung Europas, für die Verständigung der Völker zu demonstrieren.

Parteigenossen und Parteigenossinnen, Ihr habt die Pflicht, in diesen Versammlungen in Massen zu erscheinen. Die Verhandlungen der sozialistischen Internationale in Köln haben gezeigt, daß die Arbeiter auch in den Ländern der Entente gewillt sind, mit aller Kraft gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu protestieren. Je wichtiger Euer Protest ist, desto mehr wird er diese Aktionen des internationalen Proletariats unterstützen.

Nur durch die Zusammenarbeit der Arbeiter der ganzen Welt wird es gelingen, einen wirklichen Friedenszustand in Europa herzustellen und alle militärischen Gewaltmethoden aus der Völkerverständigung auszuschalten. Deutsche Arbeiter, Beamte und Angehörige, bekundet am Sonntag in den Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei Euren Willen zur Völkerverständigung und Euren Protest gegen die Erweiterung militärischer Fremdherrschaft auf deutschem Boden!

Berlin, den 11. Januar 1923.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Protest der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen vor aller Welt den schärfsten Protest. Sie erklären in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde.

Die deutsche Wirtschaft erleidet von diesem Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden. Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rüchlos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Versuche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Pflicht.

Dollar 10 400.

Protestkundgebung gegen die Ruhrbesetzung

heute, Freitag abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Sprecher: Der bisherige Reichswirtschaftsminister Genosse ROBERT SCHMIDT.

Aufruf an das deutsche Volk.

Berlin, 11. Januar.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltstreich ist auf uns niedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust den unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet. Vorhergesehen, denn die Pläne und Wünsche der Pariser Machtpolitiker sind ohne Scheu auf den Gassen und Märkten erörtert worden. Unerwartet, denn immer noch bestand die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde. Hat der wirkliche Glaube geherrscht, daß den französischen Vätern durch die Zerstückung des deutschen Arbeitsgehirns abzuhelfen wäre, so muß die französische Enttäuschung folgen. Gegen den Rat der Sachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Überzeugung. Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Welt richtet, aus eigener Kraft zu verhindern. Was geschehen konnte, um das Unheil abzuwenden, haben wir versucht. Das hereingebrochene Unheil zu lindern und zu beseitigen, wird unser Denken und Trachten sein. Dabei leidet uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Gewissens.

Allen Herzen erfüllt die ungeheure Bitterkeit dieser Stunde, wo über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser jorgenbedrängtes Volk muß das Einbrechen in die Hauptstätte unserer Arbeit im Gefolge haben. Um so dringender ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: Erschwern

bedauern und verurteilen, helfen können wir dem deutschen Arbeitsgebiet nicht. Es gehört nicht mehr zu Deutschland. Eine neue Frage erhebt drohend ihr Haupt: Ist die litauische Aktion der Lustakt für weitere Vorfälle im Osten? Soll zu einer gegebenen Stunde sich dem Raubzug im Osten ein Angriff auf Ostpreußen anschließen? Die Propaganda der Chauvinisten in Polen und Litauen arbeitet seit langer Zeit in dieser Richtung, und Poincaré ist in keinen Mitteln, wenn es darauf ankommt, nicht wählerisch.

Heubekrug von Truppen in Zivil befehlt.

Lu. Königsberg i. Ostpr., 11. Januar.

Die „Ostpreussische Zeitung“ erzählt von der „Memeländischer Rundschau“, daß heute früh um 1 1/2 Uhr Heubekrug von schätzungsweise 400 Mann litauischen Truppen in Zivil befehlt worden ist. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Bei Heubekrug ist der Schienenstrang aufgerissen worden. Auf dem Postamt haben vier Mitglieder des Hilfskomitees Kleinlitauens, offensichtlich die Führer der Truppen, eine Art Hauptquartier und beraten an Hand der Generalstabskarten. Der Ort selbst ist ruhig. Die Truppen waren zum Teil einheitlich in Zivil und trugen grüne Armbinden mit Aufschriften. Sie sind mit verschiedenartigen Gewehren ausgerüstet. Ein Maschinengewehr befindet sich in ihrem Besitz. Von Norden her legen die Läufer den Vormarsch auf Memel fort. Meldungen über Zusammenstöße liegen bisher noch nicht vor.

Ein Trauertag.

Reichs- und Staatsregierung haben im Hinblick auf die widerrechtliche Besetzung friedlicher Gebiete im Westen beschlossen, den kommenden Sonntag, den 14. Januar, als nationalen Trauertag allgemein zu begehren. Im Namen der preussischen Staatsregierung hat der preussische Minister des Innern, Genosse Genering, daher angeordnet, daß an diesem Tage alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude in den Reichs- und Landesfarben Halbmaße zu flagen haben. Theateraufführungen, sowie Vorstellungen von Lichtbildern und Lichtspielen haben zu unterbleiben, sofern nicht der ernste Charakter der Veranstaltung gewahrt ist. Alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, Feste und Lustbarkeiten sind verboten. Die Verlängerung der Volksehrkunde ist für den genannten Tag unannehmlich ausgeschlossen.

Unzufriedenheit der Eisenbahner.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in Gemeinschaft mit dem Senat in einer Konferenz am 10. und 11. Januar 1923 im Berliner Gewerkschaftshaus zu dem Ergebnis der Verhandlungen vom 8. und 10. Januar Stellung genommen und nach eingehender Beratung folgende Entschliessung gefaßt:

Das Verhandlungsergebnis ist keineswegs als ein Ausgleich für die eingetretene Geldentwertung und Wertenerkung der Lebenshaltung zu bezeichnen. Die gewährte Teuerungszulage ist unzureichend sowohl für die Lohnempfänger, wie auch für die unteren und mittleren Gruppen der Gehaltsempfänger. Die Konferenz verweist es, daß den Forderungen der Mitglieder und der Vorläufer der Delegation gegenüber die gewährte Beamtenszulage wieder auf den prozentualen Teuerungszulage angelegt wurde, und sie beantragt den Vorstand, sich für eine soziale Gestaltung der Besatzungsordnung entschieden einzusetzen und zur Erreichung dieses Zieles am Reichstag und Regierung einzumitteln. Die Konferenz fordert von der Regierung bei den künftigen Verhandlungen mehr Verständnis und Einigenkommen für die Notlage des Personals und eine finanzielle Gleichstellung vergleichbarer Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger. In Rücksichtnahme auf die jetzige wirtschaftliche und außerordentliche Lage des Reiches, die durch die Besetzung des Ruhrgebietes eine weitere Verschärfung erfahren hat, beschließt die Konferenz, um aggressiven Maßnahmen abzuwehren und das Verhandlungsergebnis als eine vorläufige Regelung anzunehmen. Sie erwartet jedoch, daß für den Monat Januar eine beschleunigte Revision und Ausbebung der Sonderentschlüsse (in Gebieten und Orten mit hohen Inflationssummen) vorgenommen wird. Die Konferenz konstatiert, daß der Reichslohnfortschritt von den Eisenbahnverwaltungen ungenügend berücksichtigt wurde und sie fordert mit Entschiedenheit vom Reichsverkehrsministerium die straffe Einhaltung bestehender Verträge und Vereinbarungen.

Somit hat der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes seinen in einer Entschliessung Protest eingelegt gegen den rechtsgerichteten Einmarsch französischer und belgischer Truppen in deutsches Gebiet. In der Entschliessung wird u. a. gefordert:

nicht das Los der am härtesten Betroffenen Sondersätze. Erhöht aufrechten Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages.

Keine Handlung darf geschehen, die unsere gerechte Sache schädigt. Die schwerste Schuld am eigenen Volk würde auf sich laden, wer sich hinreißend Liebe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von eiserner Selbstbeherrschung jedes einzelnen hängt Wohl und Wehe der Gesamtheit ab. Jetzt mehr als jemals leuchtet uns das Beispiel der Würde und moralischen Kraft voran, das das Rheinland in den Jahren des Leidens gegeben hat.

Den trauen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allen anderen unser Gruß. Ihr werdet die eichensefeste Zähigkeit bewahren, die Euer altes Erbteil ist. Angebrochen werdet Ihr diesen Wetterbraus überdauern, Ihr, die keine Sturmgewalt der Geschichte jemals entwurzelt hat, Ihr seid Zeugen, wie Frieden und Recht von neuem gebrochen werden.

Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den Bruch des Vertrages, gegen den schweren Vor des jütlichen Rechts unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung.

Eine schwere Zeit hebt an. Wohl schwerer noch als die Jahre, welche wir seit dem Kriege durchlebt. Wie lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber das auch hoffen und wissen wir, daß das feste Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stark machen.

In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter allem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen, und überall durch alle deutsche Gauen in Haus und Stille unseres Vaterlandes gedenken seines Leidens und seines Rechtes.

„Der Beitrag des Deutschen Eisenbahnerverbandes fördert die durch die Maßnahme der französischen Imperialisten besonders getroffenen Verbandsmitglieder auf, der Machtpolitik gegenüber ihre Ruhe zu bewahren. Als Wehrlose fügen wir uns der Gewalt, erwartend, daß der Protest, den alle Deutschen an das Gewissen der Welt richten, den Unterdrückungen ein Ziel setzt. Die Vertreter aus dem bisher und neubesetzten Gebiet erklären, daß keine Maßnahme fremder Mächthaber sie in ihrer Treue zum Deutschtum und zur deutschen Republik wankend machen kann.“

Neue Orden in der Republik!

Die Reichsverfassung von Weimar verbietet die Ausgabe von Orden im neuen Deutschen Reich. Aber trotzdem werden amtlich deutsche Orden unter dem Namen „Abzeichen“ ausgegeben. In der „Automobil-Rundschau“, Nachrichtenblatt der Kraftfahr-Diplomaten-Vereinigung E. V., ist zu lesen:

Stiftung eines Kolonialabzeichens.

(Reichsministerium für Wiederaufbau, Kolonialzentralverwaltung, 18. April 1922.)

Um die Erinnerungen an die Leistungen Deutschlands auf kolonialem Gebiet im deutschen Volk wachzuhalten, wird ein Erinnerungsabzeichen „Das Kolonialabzeichen“ geschaffen.

Das Abzeichen kann auf Antrag allen Kolonialdeutschen verliehen (!) werden, die während des Weltkrieges 1914/18 in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten im Interesse der Schutzgebiete tätig gewesen sind.

Gesuche um Erlaubnis zum Erwerb des Kolonialabzeichens sind zu richten:

b) von den Angehörigen des ehemaligen Schutzgebietes Kiautschou, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika, Togo, Deutsch-Neu-Guinea und Samoa an das Reichsministerium für Wiederaufbau (Kolonialzentralverwaltung), Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62;

b) von den Angehörigen des ehemaligen Schutzgebietes Kiautschou an das Reichsministerium (Marineleitung), Kiautschoustelle Berlin W. 10, Königin-Augusta-Str. 38/42; in den Gesuchen ist neben deutlicher Unterschrift anzugeben, in welcher Kolonie sich der Gesuchsteller während des Weltkrieges 1914/18 aufgehalten hat, von wann bis wann, in welcher Eigenschaft er dort tätig gewesen ist und in welcher Beziehung er sich im Interesse der Kolonien betätigt hat.

Das Abzeichen wird auf der linken Brust unter dem Eiserernen Kreuz 1. Klasse getragen.

Das Wiederaufbauministerium steht unter Leitung des deutschvolksparteilichen Staatssekretärs Dr. Müller, das Reichswehrministerium unter der des demokratischen Ministers Dr. Geßler. Man kann doch unmöglich annehmen, daß ihnen die Verfassungsbestimmungen über Orden unbekannt sind. Wie gedenken sie dann die „Abzeichen-Verleihung“ zu erklären?

Geldentwertung und Betriebsratsgesetz.

Die fortschreitende Geldentwertung hat auch zur Folge, daß die Schutzbestimmungen des Betriebsratsgesetzes bei unzureichend gerechtfertigten Kündigungen beeinträchtigt werden. Nach § 87 ist bei einer ungerechtfertigten Kündigung für den Fall, daß der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, eine Entschädigung festzusetzen, die sich nach der Höhe des letzten Jahresarbeitsverdienstes richtet. Diese Bestimmung ist vielfach dahin ausgelegt worden, daß der Verdienst des letzten Jahres zusammengerechnet und dann ein Teil dieses Verdienstes als Entschädigung festgelegt wird. Infolge der fortschreitenden Geldentwertung beträgt diese Entschädigung dann des letzten Jahres kaum das Einhalbfache des letzten Monatsgehältes. Aus diesem Grunde hat der Zentralverband der Angestellten das Reichsarbeitsministerium aufgefordert, eine Ausführungsbestimmung zum § 87 Abs. 2 des B. R. G. mit folgendem Wortlaut zu erlassen:

„Als Jahresarbeitsverdienst gilt das Zwölfwache des Gesamtarbeitseinkommens, das der Arbeitnehmer in dem der Zahlung der Entschädigungsumme unmittelbar vorhergehenden Kalendermonat im Betrieb des Arbeitgebers bezogen oder bezogen hätte, wenn er bis zum Tage dieser Zahlung im Betriebe tätig gewesen wäre. Hierbei werden besondere einmal jährlich oder in größeren Zeitabständen fällige Teile des Gesamtarbeitseinkommens, wie Bonifikationen, Gratifikationen, Provisionen etc. mit dem Geldwerte, den sie am Tag der Zahlung der Entschädigung besitzen, auf das Jahr gerechnet mit in Ansatz gebracht.“

Durch den Erlaß einer derartigen Ausführungsbestimmung würde zweifellos dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen werden.

Die französisch-belgische Einmarsch-Politik verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerträglichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder vorwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenpreises nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Berlin, den 11. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund (Alfa-Bund)

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Poincaré will sich rechtfertigen.

Lu. Paris, 12. Januar.

In der gestrigen Kammer Sitzung hielt Poincaré seine angekündigte Rede. Bevor er das Wort nahm, hielt der neu gewählte Präsident der Kammer Peret eine Ansprache, in der er der Regierung den Dank des Landes ausdrückte, daß sie nunmehr endlich zu Taten übergegangen sei. Er beglückwünschte Poincaré, daß er bewiesen habe, daß Frankreich am Ende seiner Geduld sei. Peret fuhr fort, man habe im letzten Jahre der Legislaturperiode noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Er mahnte, wenig zu reden aber mehr zu handeln.

Dann wurde Poincaré das Wort erteilt, der über eine Stunde sprach. Zu Beginn seiner Ausführungen erinnerte er an die letzten diplomatischen Verhandlungen und gab die Erklärung ab, daß nach seiner Überzeugung Deutschland sich einer schweren Verletzung habe zu Schulden kommen lassen, bezüglich der Stabilisierung sowohl, wie vor allen Dingen wegen der Reparationen. Frankreich habe sich lange genug in Geduld gefaßt, viel leicht schon zu lange nach Ansicht gewisser Franzosen. Aber bevor Frankreich seine Handlungsfreiheit ergriffen habe, habe er, Poincaré, den größten Wert darauf gelegt, dem Abkommen von Versailles gemäß zu handeln. Darauf befragte Poincaré sich mit seinem der Pariser Konferenz vorgelegten Programm und sprach über die verschiedenen Forderungen, die er hätte Deutschland auferlegen wollen, damit es seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen könne und wies weiter vor allen Dingen darauf hin, daß die Erzeugung von produzierbaren Pferden nach dem Urteil der Sachverständigen eine unabweisbare Notwendigkeit gewesen sei.

Darauf dankte er Senar das für die Höflichkeit und Courtoisie, mit der er die Pläne der englischen Regierung auf der Pariser Konferenz auseinandergesetzt habe. Aber das Programm Senar das, so fuhr Poincaré fort, so wie er es uns auf der Pariser Konferenz umschrieb, widerspricht wichtigen Abschnitten des Versailler Friedensvertrages und jetzte Deutschland in den Stand, sich gänzlich darüber uns gegenüber hinwegzusetzen. Niemals ist uns so verlangt worden, daß der Friedensvertrag von Versailles den Inhalt ändern werden sollte. Als Phantasie bezeichnete Poincaré das englische Plan nicht nur Frankreichs Gutheißung herbeizuführen, daß er vor allem auch die Reparationskommission durch ein Komitee ersetzen wollte, in dem Deutschland den Vorschlag über und in ihm ein Stimmübergewicht haben sollte. Damit wäre nach kurzem Ausschub eine neue deutsche Hegemonie herbeizuführen worden und zwar gerade die Hegemonie des Landes, das über seinen eigenen Vernunft innere Schäden und fast gar kein äußeres Schuld habe und das einen so wunderbaren reichen Boden besitze. Als das britische Programm wollte nichts anderes als eine Erneuerung des Deutschen Reiches für Europa vorbereiten. Weiter Poincaré, Italien nach Belgien wären in der Lage, diesen Plan zu unterstützen. Die einzige Konsequenz, zu der ich Frankreich bereit erklärt hätte, wäre in der Erzeugung von Pferden, die Umsetzung eines Schiedsgerichts, bestehend aus internationalen führenden Finanzmännern gewesen. Und so gar gemein die Dinge nach gemein wäre und in Überzeugung auch die Bekämpfung dieser Forderungen hätte kein Sinn, so hätte Poincaré sich doch niemals dazu hergeben können, durch einen Schiedsgericht die Gültigkeit eines Landes aufzuheben zu lassen. England habe immer keine Handlungsfreiheit sich vorbehalten, aber ich um die Interessen der anderen zu kümmern.

Darauf ging Poincaré mit kurzen Worten auf die Resolution ein, eine sich in England einmündigen. Deutschland habe den Friedensvertrag nicht, infolgedessen hätte Frankreich sich selbst ein Recht vorbehalten müssen. Deutschland habe jetzt, aber keine Bedingungen mehr vorgeschlagen. Sie würden zu nichts anderem dienen, als daß die Forderung für uns noch wichtiger. Deutschland habe immer Schwierigkeiten übergeben, aber einen Gehaltsträger in Paris gelassen. Darauf ging Poincaré weiter, daß es weitere Verhandlungen mit Deutschland nicht. Frankreich würde jetzt unbedingt an der Durchführung des Planes sein, was die zu geben verpflichtete ist. Senar wurde lebhafter Beifall zuteil. Die Bekämpfung der Forderungen wurde auf Gehaltsträger. Am Schluß der Sitzung wurde Poincaré ein Stimmübergewicht mit 183 gegen 88 Stimmen ausgesprochen. Senar fuhr weiter mit dem Rede.

Der litauische Raubzug auf das Memelland.

Der Senat im Weimar Reichstag ist wichtig ein Generalstreik in Ostpr. In demselben Tage, an dem die litauischen Truppen in das Memelland einrückten, haben die Einwohner des westlichen Memellandes überfallen. Sie haben aus drei Klümpchen auf Memel sich mit. Die Besetzung ist bereits in ihren Händen. Ein der deutschen Senat Wille und sie in unannehmliche Besetzung mit deutschen Soldaten gesendet. Die französischen Schutztruppen — die Memelländer haben keine je mehr einen französischen Schutztruppen — haben sich angeschlossen an der Senat Wille eingeschlossen. Die Besetzung ist bereits in ihren Händen. Die Besetzung ist bereits in ihren Händen. Die Besetzung ist bereits in ihren Händen. Die Besetzung ist bereits in ihren Händen.

Zum Kapitel: „Einheitsfront“.

Gemeinsames und Trennendes.

Im Erfurter Programm, mit dem die heute lebende Generation unserer Partei groß geworden ist, wird von der Sozialdemokratie gesagt:

Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, nicht sie gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Der Sinn dieser Erklärung war bis zum Kriegsausbruch für uns alle klar. Die Arbeiterklasse war im kaiserlichen Deutschland ausgebeutet und politisch in geradezu ungeheurer Weise unterdrückt. Unser politischer Kampf richtete sich im Innern naturgemäß gegen die Ausbeutung unserer Partei, gegen das schamlose Klassenwahlrecht, gegen das persönliche Regiment. In der äußeren Politik sahen wir dagegen die herrschenden Klassen unseres eigenen Volkes als Unterdrücker der sprachlichen Minderheiten und der eingeborenen Bevölkerung in den Kolonien. Wir traten ein für die kulturellen Rechte der Polen und Dänen, für die Autonomie Englands, Frankreichs und Italiens, wir stellten uns mit unseren Sympathien auf die Seite der Iren, Buren, Inder, Araber und Negere.

Seit die Absichten der Gegner im Weltkrieg klar geworden waren, besonders aber seit dem Verlust dieses Krieges, dem Frieden von Versailles und den folgenden Ereignissen, gewann jene Erklärung für uns noch einen anderen Sinn. Als internationale Sozialdemokraten und Verehrer des Erfurter Programms waren wir nunmehr genötigt, auch für die Rechte des eigenen Volkes gegen fremde Unterdrückung aufzutreten. Es ist begreiflich, daß dieser Rollenwechsel in die Reihen unserer Partei eine gewisse Verwirrung gebracht hat. Denn noch immer stand das Bild einer nach innen und außen mit Unterdrückungsplänen vorgehenden deutschen Herrenklasse vor unseren Augen, und noch hatten die großmäuligen Phrasen in unserm Ohr nach, mit denen unsere Nationalisten die Unterwerfung der ganzen Welt angeündigt hatten. Nun mußten wir uns mühsam erst in der Wirklichkeit zurechtfinden, und erkannten uns als ein in seinen Selbstbestimmungsrechten schwer bedrohtes, wehrloses, zu Boden getretenes Volk. Wir erkannten, daß die gepanzerte Siegesmacht, die in dem Munde unserer Beherrscher nur eine großmäulige Redensart gemeiner war, jetzt von anderen fühlbar auf unsere eigenen Schultern gelegt war, und daß das republikanische, aber kapitalistisch regierte Frankreich sich an völkerrrechtlichen Sitten von dem alten deutschen Kaiserreich nicht unterschied.

Aus dieser Erkenntnis hat die deutsche Sozialdemokratie die Schlussfolgerung gezogen, daß nunmehr die Verteidigung der Rechte des eigenen Volkes fremden Unterdrückern gegenüber zu einer ihrer vorrangigsten Aufgaben geworden sei, und daß sie eine internationale-sozialistische Pflicht erfüllte, indem sie ihre nationale Pflicht tat. Ein sinnloser Widerspruch wäre es, wenn wir, die wir vor 16 Jahren für die armen Hereros eingetreten waren, jetzt vor der Tatsache die Augen geschlossen hätten, daß unser eigenes Volk von außen her bitteres Unrecht erlitt. Denn der deutsche Kopf- und Handarbeiter bedeutet für die Kultur der Welt mehr als der Neger im afrikanischen Busch, und sein Recht, gegen fremde Bedrückung gekämpft zu werden, ist nicht geringer.

Auf einem internationalen Kongreß begeisterte sich Jean Jaures für die Gewandtheit, mit der sich der alte Wilhelm Liebknecht der deutschen, der französischen und der englischen Sprache gleichmäßig bediente. „Er ist so international“, rief er aus, „daß er überall national ist!“ Dieses Schemelbentönnen in den Geißel und das Lebensrecht jeder Nation ist das Wesen jedes echten Internationalismus. International sein heißt nicht antinational sein. Dem oft zitierten, aber in England kaum noch gebrauchten Wort: „Right or wrong, my country!“ „Recht oder Unrecht, es geht um mein Land!“ setzen wir unseren Wahlspruch entgegen: „Ob unser Land oder ein fremdes — Recht muß Recht bleiben!“

In diesem Sinne können wir die Erklärung des Reichstanzlers Dr. Cuno unterschreiben, daß das gegenwärtige Vorhaben Frankreichs „Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk“ darstellt, und daß wir nicht gesonnen sind, uns einem von keinem Recht getragenen Zwang zu beugen. In diesem Sinne

können und müssen wir auch so manches unterschreiben, was in völkerrrechtlicher Beziehung von Anhängern der äußersten Rechten über die gegenwärtige Lage gesagt worden ist. Dessen, was uns von jenen trennt, bleiben wir uns dabei wohl bewußt.

Es sind Unterschiede nicht nur des Prinzips, sondern auch der Methode. Die deutsche Arbeiterklasse ist im Gegensatz zu der vordem führenden Schicht Deutschlands keine Klasse, die zu herrschen und zu unterdrücken gewohnt ist. Sie hat im eigenen Lande den Kampf nicht nur gegen wirtschaftliche Ausbeutung, sondern auch gegen politische Unterdrückung führen müssen. Sie hat oft erfahren, daß Gewalt vor Recht geht, sie hat jahrelang offenes Unrecht tragend ertragen müssen. Und sie hat in dieser langen Prüfungszeit gelernt, daß echter Radikalismus sich nicht in domnernen Redensarten und in Gewalttaten der Verzeufung entläßt, sie hat im Kampfe des Rechts gegen die Gewalt ihre Methoden verfeinert.

Darum — so wenig sie daran denkt, sich dem Unrecht zu beugen, das der brutale Imperialismus Frankreichs am wehrlosen deutschen Volke begeht, so wenig wird sie sich von leeren Kraftphrasen berauschen lassen und nationalitätlichen Desperados die Führung anvertrauen. Sie fühlt sich vielmehr berufen, nach ihren Prinzipien und Methoden den Kampf um die Gleichberechtigung des deutschen Volkes im Rat der Völker auszufechten. Sie, die Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes, Kopf- und Handarbeiter vereint, kann ja gar nicht antinational sein, ist sie doch, recht verstanden, die Nation selbst. Daß das deutsche Volk den notwendigen Kampf um sein Recht mit unbeugbarer Entschlossenheit, aber auch mit Würde, Klugheit und Umsicht; und damit auch mit Aussicht auf nahen Erfolg führe, dafür zu wirken, muß jetzt ihre Aufgabe sein.

Bayrische Richter.

Merkwürdige Irrwege!

Als die Reichswehr im Mai 1919 zur Niederschlagung der Räteregierung in München einrückte, wurde ein Prof. Dr. Horn, Mitglied der USPD, wegen Verdachts der Teilnahme an dem Aufstand verhaftet. Drei Soldaten des Freikorps Epp wurden beauftragt, den Dr. H. in eine Gefangenenanstalt zu bringen. Unterwegs löste einer von ihnen den Verhafteten durch einen Schuß.

Die Witwe des Ermordeten nahm das Deutsche Reich auf Ersatz des ihr durch die Ermordung ihres Ehemannes entstandenen Schadens in Anspruch. Die Klage wurde zunächst erhoben vor dem Landgericht München I und in der Berufungsinstanz vor dem Oberlandesgericht München. Beide Gerichte verlagten der Witwe vollen Schadenersatz aus Gründen, die recht seltsam anmuten. Professor Dr. H. hatte — nach dem Urteil jener bayrischen Richter — die Gefahr, gewaltsam getötet zu werden, selbst heraufgeboten. Robur? Daburch, daß er Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei war und insbesondere (!) einen Vortrag über die „Revolutionierung der Bildung“ gehalten hatte! Im Frühjahr 1919 war es — immer nach dem Urteil jener bayrischen Richter — nicht zu vermeiden, daß mit der Wahrnehmung von Hoheitsrechten auch Personen bestraft wurden, denen die dazu erforderliche Charakterstärke fehlte, deren sittliche Begriffe sich unter dem Druck der Zeit verwirrten, und die sich nicht immer in den Grenzen des Rechts zu halten vermochten.

Anstatt nun aber aus diesen Tatsachen die einzig logische Folge zu ziehen, daß es sich nämlich bei der in Rede stehenden Tötung um einen gemeinen Mord handelte, wird von bayrischen Richtern dem Ermordeten der Vorwurf gemacht, er sei mitschuldig an seiner Ermordung geworden. Er habe sich durch sein politisches Verhalten selbst in die Gefahr begeben, in der er umgekommen sei.

Diese Urteile, nach denen nicht der Mörder, sondern der Ermordete schuldig ist, hat das Reichsgericht glücklicherweise aufgehoben. Das Reichsgericht drückt sich milde aus: die bayrischen Urteile seien an dem Wesen der Sache vorbeigegangen. Zur Zeit der Tat stand ein wehrloser und waffenloser Gefangener drei bewaffneten Soldaten gegenüber und einer von diesen schoß den Gefangenen menschlings nieder. Der Witwe des Ermordeten wurde demgemäß unter Aufhebung der bayrischen Urteile voller Schadenersatz zugesprochen.

Aber wenn das Ergebnis der bayrischen Justiz in diesem Falle auch geändert wurde, so bleibt doch der Geist, der aus den Urteilen sprach. Er wirkte sich noch im Besenbach-Urteil aus.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes wurde am Dienstag mit dem Referat des Bezirksleiters Gärner über das geplante Arbeitszeitgesetz fortgesetzt. Der Referent schilderte die zunehmenden Schwierigkeiten, welche während der Behandlung des Gesetzes in vorläufigem Reichswirtschaftsrat entstanden sind und gab der Meinung Ausdruck, daß der Reichstag bei der endgültigen Beratung noch eine ganze Reihe Verbesserungen vorzunehmen, zu denen sich der Reichswirtschaftsrat nicht entschließen konnte. Nach einer kurzen Aussprache nahm die Konferenz zu diesem Thema folgende Entschlüsse an: „Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum am 8. und 9. Januar 1923 kommt zur Prüfung der Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zum Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter zu dem Ergebnis, daß die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats für die Bergarbeiter unannehmbar sind. Die Konferenz erwartet namens der Bergarbeiterarbeiterschaft von dem Reichstag eine Regelung, welche den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung trägt.“

Danach berichtete Limberg über die Umstellung der Staatsbergwerke in Preußen. Die Vorarbeiten zu dieser Umstellung sind schon längere Zeit im Gange und erstreben eine größere Beweglichkeit der Verwaltung der staatlichen Bergwerke. Für die Arbeitervertreter ist die Frage, ob reiner Staats- oder gemeinschaftlicher Betrieb, ausgedehnt, da die Arbeiter nicht gewillt sind, Staatsbesitz auch durch Beteiligung des Privatkapitals abzutreten. Auch ist es nicht wahr, daß der Staatsbetrieb unrentabel ist, da die staatlichen Bergwerke zuzeit einen beträchtlichen Ueberschuß erbringen. Von interessierter Arbeitgeberseite ist der Vorschlag gemacht worden, eine Anzahl kleiner selbständiger Aktiengesellschaften zu bilden. Inzwischen wird von den Arbeitervertretern die Auffassung vertreten, eine einzige große Aktiengesellschaft zu bilden. Die Konferenz stimmte der Auffassung des Berichterstatters zu, unter keinen Umständen dem Privatkapital Einfluß auf die Staatsbergwerke zu gewähren.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Richtlinien für Kostensarbeiten bei Streiks, über welches Thema Martini referierte. Der Vorstand des A. D. G. B. hat in Ausführung eines Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses solche Richtlinien den Verbänden nochmals vorgelegt. Es besteht kein Streit darüber, daß bei Streiks Kostensarbeiten verrichtet werden. Notwendig ist, daß die Technische Nothilfe arbeitslos gemacht wird. — Hufmann teilte noch ergänzend mit, daß, wenn die Richtlinien vom Bundesvorstand angenommen werden, diese auch für den Verband Geltung haben und mit dem Statut zu verbinden sind. Die Gegner der Richtlinien befürchten davon eine unerwünschte Festlegung für künftige Zeiten, während die Befürworter richtig betonten, daß im Falle eines Streiks unser Einfluß so groß ist wie unsere Macht, die wir einzusetzen haben. Die Konferenz nahm schließlich einen Antrag an, welcher sich mit der Vorstandsvorlage einverstanden erklärte, ebenso einen Zusatzantrag, der sich für eine Regelung durch Richtlinien aussprach.

Die Konferenz befaßte sich sodann mit den möglichen Folgen einer bevorstehenden Belegung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Die vom internationalen Gewerkschaftsbund verforderte Parole „Nie wieder Krieg!“ erstreckt sich auch auf solche kriegerischen Handlungen, welche gegen ein wehrloses Volk begangen werden. Alle Redner zu diesem Thema waren sich des grauenhaften Ernstes dieser Stunden bewußt. Die demnächst in Amsterdam zusammenzutretende Internationale wird sich mit dieser Frage eingehender beschäftigen. Die Franzosen dürfen sich nicht im Zweifel darüber sein, mit welchen Gefühlen die Bergarbeiter dem geplanten Nie undemokratischer Gewaltpolitik gegenübersehen werden.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz in den frühen Nachmittagsstunden geschlossen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 12. Januar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		11. Januar.	10. Januar
Amsterdam	1 fl.	4119.67	4089.75
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	655.85	688.40
Kristiania	1 Kr.	1935.15	1895.25
Kopenhagen	1 Kr.	2099.75	2054.85
Stockholm	1 Kr.	2785.—	2745.12
Helsingfors	1 Finn. Mk.	256.35	256.35
Rom	1 Lire	521.19	498.75
London	1 £	48378.75	47975.75
New York	1 Doll.	10423.57	10284.35
Paris	1 Frs.	715.70	702.24
Zürich	1 Frs.	1970.06	1955.10
Madrid	1 Pesetas	1655.90	1615.95
Wien	100 Kr.	14.88	14.91
Prag	1 Kr.	298.25	297.75
Budapest	1 Kr.	3.80	3.89

Spättinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

61. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ueber Spättinghof brannte die Augusthonne. Es war Erntezit. Ein Wagen voll dufenden Heues nach dem anderen kam langsam die Tritt herauf zur Einsicht hinein. Wenn dann ein halbes Dutzend Huber hineingestiegen und auf dem Boden verharret waren, kamen Knechte, Mägde und Arbeitsleute herunter, fechten sich um den langen Tisch auf der Bordiele und taten sich an Schwarzbrot, Speck und Käse eine Gütte. Hierzu gab es Kaffee mit gutem Rahm, und die Schnapsflasche ging von Hand zu Hand. Soeben waren die Leute wieder hinausgegangen, um anzuheben; nur der Hausherr gönnte sich noch einen Augenblick der Ruhe. Er saß noch an seinem Butterbrot. Er konnte nicht so rasch schlafen wie die Leute. Inzwischen trat er noch einmal ans Dielefenster und sah nach dem westlichen Himmel, wo drohende Gewitterwolken aufstiegen. Frauke Steffens war in der ihr eigenen Ruhe damit beschäftigt, den Tisch aufzuräumen.

Sie sah ernst aus, wie es in den letzten Jahren fast immer der Fall war. Ein strenger Zug lagerte um ihren Mund, aber ihre Augen blühten klar, sie trug den Kopf frei und stolz. „Es wird Zeit, es wird höchste Zeit, daß das Heu herein kommt“, sagte Jan, als er vom Fenster zurückkehrte. „Wenn es erst eine Regenzeit gibt, dann ist von den Spättings nichts mehr zu holen; dann rottet das Heu.“

Frauke nickte. „Ja, es liegt Gewitter in der Luft.“ Sie sprachen ernst und vernünftig miteinander, wie ein altes Ehepaar. Kein Ton von der früheren Schelmerei, keine Spur von Zärtlichkeitklang aus ihren Worten.

Jan stand schon wieder am Fenster. Er sah nicht mehr nach den Wolken, er lugte scharf über den Hof. „Wer kommt da? Ist es Nachbar Nissen. Nein, es ist Be Hamn sein Knecht, oder? ... Manu, ich muß ihn doch kennen!“ Wahrhaftig, es ist Niels Sönken aus Kamstedt; ich habe ihn lange nicht gesehen.“

Niels Sönken trat ein. Frauke blickte flüchtig auf. Als sie sah, daß es ein einfacher Mann war, kümmerte sie sich nicht weiter um ihn. Er hatte jedenfalls irgend ein geringfügiges Anliegen. Wenn er nur den Bauern nicht allzulange von seiner Arbeit abhielt.

„Du kommst mich wohl nicht mehr, Jan Thomsen?“ fragte Niels etwas verlegen. „Doch, doch, Niels, ich komme dich gleich, als du über die Weisse kamst. Du stehst noch eben so aus wie früher.“

„Na, ein bißchen älter bin ich geworden, Jan. Dein Hof ist aber kein imstande, Jan.“
Jan lächelte. „Du kannst helfen; wir sind beim Heufahren.“
„Ja, wenn das so leicht wäre.“ Niels drehte seine Mühe, er mußte nicht, wie er seine Botschaft auf eine gute Art andringen sollte.

Jan nickte ihm zum Guten. „Frauke, schenke doch mal nen Schnaps ein. Gang bei Niels, da ist Brot und hier ist Rühmelkäse. Geht dich nicht. Wir haben als Jungens doch manches liebe Mal von einem Butterbrot abgebeißt.“
Niels zögerte noch. „Frauke schob ihm schweigend Butter und Käse zu. „Na ja“, meinte Niels, „ich habe ja eine gute Tour hinter mir. Zuerst zwei Stunden mit der Post bis Heide, dann die Bahnfahrt bis Hüben und nun noch eine Stunde bis hierher. Es ist eine ordentliche Reife.“

„So bist du noch immer in Dithmarschen?“ fragte Jan, während er sich die Pfeife stopfte.
„Ja, der bin ich noch immer.“
Der Knecht erschien in der Stalltür.
„Bauer, wir fahren gleich los.“
„Gut, ich komme gleich“, rief Jan.

„Na, dann hastest du wohl hier in der Gegend zu tun?“ fragte Jan weiter, um endlich zum Ziel zu kommen.
„Ja, ich wollte doch mal sehen, wie es dir geht.“
„So, na ist man. Trinke noch einen Schnaps, ich muß wieder raus nach dem Heu.“

„Ja, Niels konnte nicht essen. Wenn er nur ein die Befestigung vom Herzen las wäre.“
„Ich hätte auch noch was zu bestellen.“
„Na, denn man los.“
„Im ja.“ Niels wand sich scharf vor Berlegenheit.
„Ich meine, hast du mal wieder was von Lina gehört?“
„Eine!“ Es klang wie ein Schrei von zwei Menschen ausgeht. Jan sah Niels starr an, und neben ihm stand plötzlich Frauke Steffens, Frauke mit bleichem Antlitz und zuckenden Lippen. Und Frauke Steffens, die ruhige, stolze, hatte ihre Haltung verloren und sank wie gebrochen auf einen Stuhl.

„Was macht Lina? Was weißt du von ihr?“
Jan sprach es mit hellerer Stimme.
Niels sog unglücklich sein rotbaumwollenes Totbentuch herunter und wusch sich den Schweiß von der Stirn.
„Niels, rede doch, wo ist Lina?“
„Wo ist sie?“ flüsterte Frauke, und ihr Blick starrte nach der Tür.
„Sie wohnt in Hellingstedt bei Uhrmacher Petersen keiner Schmeißer.“

„Da ist sie wieder zurück von Kamstedt.“

„Sie ist gar nicht hingekommen. Unterwegs ist ihr wohl schon die Mut vergangen.“
„Leidet sie Not? Sage mir alles, Niels.“
„Ach nein, Not haben sie nicht gekümmert, ihre Tochter verdient auch.“

„Ihre Tochter?“
„Sie sieht dir aufs Haar ähnlich, Jan.“
Jan schüttelte den Kopf in die Hand, wie jemand, der Kopfschmerzen hat oder schwer nachdenkt. „Meine Tochter“, murmelte er.

In der Stalltür erschien wieder der Knecht. „Und Herr...“
„Fahrt man allein los. Aber laßt nicht zu voll“, rief der Bauer, dann wandte er sich an Niels. „Wie heißt meine Tochter?“
„Janne.“
„Janne.“ Ein schmerzliches Lächeln zuckte um Jans Mund.
Frauke sah noch immer bleich und starr.
„Eine hat Sie hergeschickt?“ fragte sie.
„Ja, Lina hat mich geschickt. Sie möchte Jan gern noch mal sehen.“

„Hohle sie, Jan“, murmelte das blaße Weib fast unhörbar. „Sie hat ältere Rechte.“
„Warum kam sie denn nicht?“ fragte Jan. „Mein Haus stand ihr immer offen.“

„Sie hat die Schwindsucht. Sie wird es wohl nicht lange mehr machen. Der Doktor sagte, sie würde den September nicht mehr erleben.“
Jan war blaß geworden. Stumm, aufs tiefste erschüttert, sah er vor sich nieder. Frauke rann die Tränen, eine nach der anderen, über die Wangen, und sie verzog, sie abzutränen.
„Hat sie da schon immer gewohnt in Hellingstedt?“ fragte Jan.

„Nein, sie ist die meiste Zeit in Hamburg gewesen.“
„Jan leuchtete tief auf. Alle dreie sahen still und bedrückt vor sich hin. Das Rollen des Wagens die Tritt entlang war längst verklungen.
Niels unterbrach das Schweigen. „Sie wartet auf dich, Jan.“
„Ich komme!“ rief Jan und sprang auf. Da flog sein Blick zum Fenster. „Was mache ich bloß“, sagte er verzweifelt, „das Heu steht noch alles vor dem Einfahren. Die Leute sind auf der Heide. Wenn es ein Gewitter gibt, ist meine ganze Ernte hin.“
Frauke Steffens hob ihre tränenfeuchten Wimpern. Ihre alte Energie kehrte zurück.

„Du kannst nicht fahren heute“, sagte sie, „die Leute betrinken sich; ohne Herr ist kein Verlaß auf sie.“
„Aber wenn Lina sterben sollte, ohne daß ich sie wiedergesehen hätte, ich könnte meines Lebens nie wieder froh werden.“

Freistaat Lübeck.

Freitag, 12. Januar.

Der Sonntag der Seele!

Halt dir den Sonntag der Seele fest,
Auf der höchsten Weltbank, ein ärmster Rest,
Bringt er dir einen Streifen Sonnenschein,
Der leuchtet über Not und Mühsal ein.

Wohin du gehst, da nimm ihn mit —
Und wenn dein Fuß auch ermattet tritt —
In die meisten dunklen Lebensstunden,
So hast du immer noch heimgefunden.

Sonntag der Seele, wie bist du schön —
Du trägst wie auf Flügeln, uns auf Höhen,
Du schenkest und Träume sich neigen —
Vor der fernem Heimat Schweigen.

Hanna Hübsch.

Die Verrechnung des Gaspreises.

Beim Einkassieren der Beträge für Gas, Elektrizität und Wasser werden die Beamten vielfach noch lange mit Fragen aufgehalten. Eine kleine Aufklärung ist deshalb angebracht. Das monatliche Einkassieren entspricht vielfachen Wünschen und wurde auch durch die Preiserschwingungen notwendig. Heute werden die Beträge sofort an Hand eines Rechnungsbuches festgestellt und eingezogen. Das System ist mit bestem Erfolge in vielen Städten durchzuführen. Die Zahlungen an die Arbeiter können in bar, durch Schecks oder durch generelle Banküberweisung erfolgen. Auch im letzten Fall ist genügend Frist zu nachträglichen Reklamationen gegeben. Auf sofortige Zahlung legt die Verwaltung das größte Gewicht.

Durch die monatliche Ableitung von etwa 37 000 Abnehmern ergab sich bei steigenden Preisen eine sehr unersichtliche Behandlung des einzelnen. Wir wollen dies an einem Beispiel zeigen. Im November kostete 1 Kubikmeter Gas 52 Mk., im Dezember aber 125 Mk. Der Abnehmer A. dessen Novemberverbrauch am 1. Dezember abgelesen wurde, zahlte also für den Kubikmeter nur 52 Mk. für November. Ebenso zahlte ein Abnehmer B für Dezember nur 52 Mk. pro Kubikmeter, wenn der Verbrauch am 30. November abgelesen war und wieder am 31. Dezember abgelesen wurde. Nach der Folge kam A am 2. Januar wieder an die Reihe zur Ableitung, der musste aber für Dezember 125 Mk. bezahlen. Durch Bürgerrechts- und Senatsbeschluss hat man vom 1. Dezember ab versucht, diese Unerechtheit zu mildern. Man führte einen aus Normonat und Ablesemonat kombinierten Berechnungspreis für je eine Woche ein. Es gelangten in der ersten Monatswoche vier Viertel des Vormonatspreises zur Verrechnung, in der zweiten Woche drei Viertel des Vormonats und ein Viertel des Ablesemonats, in der 3. Woche zwei Viertel des Vormonats und zwei Viertel des Ablesemonats, in der 4. Woche ein Viertel des Vormonats und drei Viertel des Ablesemonats. Dadurch wurde eine Milderung für die später abgelesenen Verbraucher erzielt. Die gegenseitigen Vorteile beschränken sich jetzt nur noch auf sieben Tage und nur mit einem Viertel des Differenzbetrages. Allerdings kommt es jetzt vor, daß ein sämtlich eng nebeneinanderwohnender gegenüber seinem Nachbar den billigeren Preisvorteil genießt. (Was natürlich auch noch auszumerken versucht werden muß. Als Entschädigung, daß dies früher verhorben blieb, wie es in der Erläuterung heißt, kann diese Tatsache doch nicht gelten. Red.) Kein Konjunkturpaß mehr, als es dem tatsächlichen Verbrauch und den festgesetzten Preisen entspricht. Leider ist es bei dem heutigen Verrechnungsmodus noch nicht gelungen, von allen Abnehmern die Beträge zu erhalten, die den Werken zuzuführen. Hat das neue Inzessionsverfahren seine Kinderkrankheiten überwunden, so soll zur Erzielung größerer Gleichmäßigkeit geprüft werden, ob nicht die Veränderung der Preise, wie in anderen Städten, alle zwei Tage erfolgen kann. Die für den Monat gültigen Preise werden weiter bekannt gegeben. Um bessere Klarheit zu schaffen, werden jetzt auch die wichtigsten Verrechnungspreise veröffentlicht.

Die Kunst des Einkaufens.

Das Sprichwort „Zeit ist Geld“ hat heute mehr Bedeutung, als man gemeinhin anzunehmen pflegt. Bei den kurzlebigen Preisen des Dollars ist alles möglich, und dieser ist beim Wareneinkauf jetzt die Hauptsache. Wer recht viel davon zur Verfügung hat, kann nämlich — so mährchenhaft es klingen mag — bedeutende Ersparnisse machen. Wir sind wohl alle mehr oder weniger gut über die Preise der wichtigsten Lebensmittel unterrichtet, aber über die Preise der übrigen Waren fehlen uns völlig die Überlichten. Wir sind eben in der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie dahin gekommen, daß die Preise für unzählige Produkte einfach willkürlich festgesetzt werden und von Laien unendlich auch nur einigermaßen kontrolliert werden können. Jeder Käufer hat bei einiger Umsicht schon die Tatsache feststellen können, daß er für eine Ware in drei verschiedenen Geschäften drei verschiedene Preise bezahlen mußte. Zum Teil sind die Preisunterschiede so kolossal, daß man nur von Wundern sprechen kann. Nur ein Beispiel: Kürzlich kaufte ich 50 Gramm Nagele. Das eine Geschäft forderte 75 Mk.; im anderen handelte ich sie für 50 Mk. ein. Wenn schon bei solch geringfügigem Einkauf der Unterschied so gewaltig ist, wie mag erst der Schöpfel bei anderen Artikeln angelegt werden. Dieses Preischaos, das ein wenig Geheimnis vieler Geschäftskreise bleiben wird, ist prächtig dazu angetan, den Käufer übers Ohr zu hauen. Jeder Einwand, in anderen Geschäften seien die Preise billiger, wird von diesen Kaufleuten mit einer flut „schadmittiger Beweise“ abgetan und hartnäckig nachgewiesen, daß sie trotz des hohen Preises langsam zu Grunde gehen. Die Arbeiterfrauen haben meist nicht viel Zeit, um wegen jeden Kaufes fünf bis sechs Geschäfte durchwandern zu können. Wer das aber nicht kann, schürt sich heute selbst willkürlich die Sehle zu.

Das neue Preisblatt.

Faule Ausreden. — Milchmängelungen.
Milchpreis für Lübeck 248 Mark.

Wir lesen in Hamburger Blättern: „Eine erschreckende Aufwärtsbewegung haben abermals die Preise für Butter und Milch genommen. Die Butter-Notierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Desinfektions-Händler Hamburg-Altonas vom 1887 hat mit dem 11. Januar den Ladenpreis für Butter auf 2600 Mark das Pfund (Vormoche 2300 Mark) festgesetzt. Sie fügt hinzu, daß der Kleinhändler beim Großhändler zwischen 2500—2600 Mark zahlt. Der Preis für Vollmilch ist gleichmäßig auf 298 Mark (Vormoche 244 Mark), für Mager- und Buttermilch auf 152 Mark festgesetzt. Die But-

ternotierungskommission gibt für die Preissteigerung folgenden Grund an: „Die Butterknappheit wurde in dieser Woche besonders dadurch verschärft, daß die Verkäufer von Verbrauchsgebieten mit wesentlich höheren Butterpreisen als in Hamburg die Hamburger Versorgungsgebiete aufsuchten und unter Ueberbietung der Hamburger Notierung viel Ware an sich brachten. In daher die Versorgung Hamburgs mit Butter weiter vornehmen zu können, sah sich die Kommission veranlaßt, die Notierung um 400 Mark heraufzusetzen.“

Eine weitere und zureichendere Begründung der unersichtlichen Volksausbeutung wurde im Verbraucherbeirat des Hamburger Kriegsvorsorgungsamtes gegeben. Dort wurde festgestellt:

„Die Milchpreise gehen im Verhältnis zum Vorjahre immer weiter zurück. Dies hat seinen Grund darin, daß erstens die Milchproduktion fast eingestürzt oder teilweise ganz eingestürzt ist, und zweitens als schwere Konkurrenz für den Handel die Kondens- und Trockenmilch-Anstalten in die Erscheinung traten. Ein Vertreter des hamburgischen Staatslaboratoriums machte hierbei die bemerkenswerte Mitteilung, daß über die Hälfte der durch Beamte des Instituts von verschiedenen Hamburger Milchhändlern bezogenen Milchproben sich als minderwertig erwiesen haben. Der Fettgehalt ist von 2 v. H. auf 1,4 v. H. zurückgegangen. Fast der größte Teil der nach Hamburg gelangenden Milch ist abgerahmt oder durch Magermilch verdünnt. Es wurde angeregt, gegebenenfalls mit schweren Freiheitsstrafen vorzugehen, um die Milch- und Butter-Schiebungen zu verhindern.“

So sieht die Ehre der Patrioten, die heute wieder das Maul über die Fremdherrschaft am weitesten aufreißen, aus. Nicht nur in Hamburg. Wir in Lübeck sind von den Hamburger Preisen und dem agrarisch-großhändlerischem Terror abhängig. Und die Güte der Milch läßt hier vielfach ebenso zu wünschen übrig wie dort. Wir selbst hatten jüngst Gelegenheit, uns von der fragwürdigen blauen Flüssigkeit zu überzeugen. Wir kennen einen Stadteitel, wo seit Jahr und Tag keine Kontrolle vorgenommen wurde. Wir würden über den Butterpreis auch kein Wort verlieren, wenn er nicht maßgebend für Milch und sonstige Fette wäre. Aber so haben alle eine gute Ausrede, einer stützt sich auf den anderen. Alles steigt so rapide, daß die Hungersnot im Volke noch größer wird und sich das Elend von Tag zu Tag weiter ausbreitet. Die hochwertigen Nahrungsmittel sind nur für die Reichen der Arbeit vorhanden. Käse, Schmalz und Fleisch haben Preissteigerungen erreicht, die einem die Haare zu Berge stehen. Das Kapital arbeitet mit den schäblichsten Mitteln, um selbst aus der größten Volksnot Gewinne zu ziehen. Und da gibt es noch Menschen, die den Phrasen dieser Sippe Glauben schenken. Denkende Menschen sind es gewiß nicht.

Genossinnen und Genossen!

Im ganzen Reich sind Protestversammlungen beabsichtigt gegen den militärischen Wahnsinn Frankreichs im Ruhrgebiet. Die Lübecker Sozialdemokratie verbindet ihre Kundgebung mit dem Referat des Genossen Robert Schmidt am heutigen Freitag im Gewerkschaftshaus.

Neben Sozialdemokrat, jeder überzeugte Republikaner hat die Pflicht, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Der Vorstand des V. S. P. D. Lübeck.

Ableitung der Steuermarkenbücher für 1922. Beim Finanzamt gehen täglich Klagen ein über den Mangel an Lohnsteuermarken beim Postamt. Trotzdem sowohl das Postamt wie das Finanzamt wiederholt bei den maßgebenden oberen Dienststellen nachgefragt worden sind, ist eine Besserung bisher nicht eingetreten. Beide Ämter bieten alles auf, um Abhilfe zu schaffen, doch ist die Reichsdruckerei nicht in der Lage, den großen Bedarf namentlich an höheren Markenwerten zu befriedigen. Sollte wider Erwarten in nächster Zeit keine Besserung in diesen Verhältnissen eintreten, wird die Zeit zur Sammelableitung der Steuerbücher seitens der Arbeitgeber verlängert werden. Bei dieser Gelegenheit wird empfohlen, künftig von dem Barablieferungsverfahren Gebrauch zu machen und bezügliche Anträge einzureichen.

Arbeitsmarkt im Dezember. Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember hat sich leider gegen die des Vormonats bedeutend verschlechtert. Zwar hat die Gesamtzahl der Arbeitslosen keine wesentliche Steigerung erfahren, aber die Zahl der beim Arbeitsnachweis gemeldeten offenen und der durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises besetzten Stellen hat sich um fast ein Drittel vermindert. In der Landwirtschaft war, wie ja bei der Jahreszeit zu erwarten war, die Vermittlung außerordentlich gering. Gleichfalls war die Lage im Baugewerbe besonders ungünstig, die Zahl der Arbeitslosen nahm hier trotz der noch günstigen Witterungsverhältnisse täglich zu. Im Metallgewerbe waren die Anforderungen nach Arbeitskräften immer noch ebenso günstig wie im Monat November; aber in der Holzindustrie war nur geringe Nachfrage nach Arbeitskräften. Lediglich einzelne Spezialkräfte für Holzbildhauerei und Drechlerei wurden gesucht. Besonders verschlechterte sich die Lage für die ungeschulten und jugendlichen Arbeiter. Hier stieg die Zahl der Arbeitslosen um ein Drittel gegen den Vormonat. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt hat sich die Arbeitsmarktlage nicht geändert.

Die Gebühren der Friedhofsbehörde werden laut Bekanntmachung in heutiger Nummer ab 15. ds. Mts. erhöht.

Achtung!

Wahl der Ausschussmitglieder der Landesversicherungsanstalt. Die Vorstandsmitglieder aus dem Kreise der Versicherten sämtlicher Betriebs-, Innungs- und Ortrantentafeln haben am Sonntag, dem 14. Januar d. J., die Wahl der Ausschussmitglieder für die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte vorzunehmen. Die Wahl in Lübeck findet statt vormittags von 10 bis 12 Uhr im Gerichtshaus, Große Burgstraße 4, im zweiten Stock, Zimmer 66 (Bureau des Landesversicherungsamtes). Die freigewerkschaftlich organisierten Vorstandsmitglieder der Krankentafeln werden ersucht, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen und ihre Stimmzettel abzugeben mit der Aufschrift: Wahlvorschl. I (Liste Bauer). Diese Liste ist von den Dreiausschüssen der drei Hansestädte aufgestellt.

Der Vorstand des VGS.

bw. Hanja-Theater. „Die kleine Sünderin“. Dieser neue Operettenroman, den das Hanja-Theater am Mittwoch als Premiere brachte, wurde vom Publikum mit großem Beifall aufgenommen und zeigte wieder einmal, welche „guter Geschmack“ weiten Kreisen innewohnt. Allzu lange wird dieser Schwanke trotz seines knallfesten im Spielplan nicht befördernden; ein Augenblickswechsel, hinter dem die Leute sitzen. Sollte mit einer waf-

lichen guten Operette kein Erfolg zu erzielen sein oder braucht man möglichst wenig der Zeit entsprechende kitzliche Possen, um einige Stunden den Alltag zu vergessen? Die Musik von Jean Gilbert langt gerade für einen derartigen Schwanke. Sie pridet etwas in den Beinen, lehnt sich an frühere Operetten an, ohne viel Reiz auszustreuen. Die jede Handlung besteht in dem Scherz einer Jofe, die auch einmal die „Gnädige“ spielen möchte, gipfelt in einer Verwechslungsstudie und alles löst sich in Wohlgefallen auf. Die Darsteller veruchten die gewaltigen Mängel des Stückes durch gutes Spiel wieder weit zu machen. Elsie Rohde bot gefänglich und darstellerisch Erfreuliches; Lija Studt hatte wenig Gelegenheit, ihre schöne Stimme zur Geltung zu bringen, ihr gefälliges Spiel war von einer gewissen Corneheit umrahmt; Trude Sore errang mit ihrem Couplet reichen Beifall. Der Tugendheld Max Waldens war schauspielerisch auf der Höhe; Direktor Erasm erregte als Mexikaner durch volles Spiel und wilde Sprünge und Paul Schüllerer gab dem poetisch angehauchten Diener einer farbigen Anstalt. Die übrigen Beteiligten: Hansi Rösle, Gertr. Witt, Paul Helmar und Ricardo de Castro waren nicht minder bestrebt, das Erdenkliche aus ihren Rollen herauszubolen. Leitung und Personal waren bemüht, eine abgerundete Vorstellung herauszubringen.

Das Zentral-Theater in der Johannisstraße bringt wieder einen modernen Film: „Lobesang“. Da die Hauptrolle dieses effektvollen Films in den Händen des großen Berliner Schauspielers Erich Kaiser-Titz liegt, konnte die Lösung der gestellten Aufgabe gelingen. Menschen in wirklicher Lobesangt leben, ist grandios; für Wissenschaftler aber — wie alles — interessant. Kein Wunder also, daß ein Studierender seine Mitmenschen künftighin in Lobesangt zu sehen wünscht, um Objekte für seine Zwecke zu erhalten. Mehrere Male gelingt diese Art Vivisektion; aber das Ergebnis genügt nicht immer. Neue Menschen werden überlistet und überzumpelt. Sogar die eigene Braut muß zwangsweise Versuchsojekt abgeben. Als sie den Hinterhalt erkannte, wandte sie sich schroff ab, um aber später — da die Liebe siege — sich wieder auszusöhnen. Nicht wirkungsvoll ist eine Maljenzene auf einem Dampfer, der dem Untergange geweiht ist. Als weitere Bilder werden die Marterhöhle, ein 6-Jähriger der „Dampfer von Neuyork“, als 2. Episode, und ein Puffspiel abgerollt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Sonnabend für die Volksbühne: Werfels Volksoperette. Sonntagsvormittag für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bünde: Don Juan. Nachmittags für die Blattdutsche Gilde: Lenner een Daaf. Die Abendvorstellung am Sonntag ist noch unbestimmt, es muß wahrscheinlich eine Repertoireänderung wegen des von der Regierung angelegten Trauertages für ganz Deutschland eintreten müssen.

Hanse-Theater. Heute Freitag, sowie morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr: Der neue Schläger „Die kleine Sünderin“. Schwankeoperette in 3 Akten von Gilbert, die am Freitag vor total ausverkauftem Hause zur Aufführung gelangte. Am Sonntag 8 Uhr findet aus Anlaß des nationalen Trauertages ein einmaliges Gesamtspiel des Deutschen Schauspielhauses Hamburg statt. Zur Aufführung gelangt das tiefgreifende Schauspiel „Die Siebzehnährigen“ von Max Dreyer. In dieser Vorstellung sind die sämtlichen Rollen von den ersten Mitgliedern des Hamburger Schauspielhauses, die kürzlich im Stadttheater gastierten, besetzt.

Großes volkstümliches Extra-Konzert am Sonnabend, dem 13. Januar. Auf dieses schöne Konzert sei noch besonders hingewiesen. Die Solistin des Abends ist hervorragend; sie spielt eine ungärtliche Fantasia für Klavier von Liszt. Mazepa von Bizet wird erstmalig aufgeführt. Eine Erklärung dazu enthält das Programm.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Der Tribut an die Agartier. Die Bereitstellung des Freigeldes bis zur nächsten Ernte wird für Mecklenburg-Schwerin zunächst eine Ausgabe von annähernd drei Millionen bedeuten. Da das Finanzministerium nicht in der Lage ist, von sich aus eine solche Summe aufzubringen, hat sich die Reichsbank bereit erklärt, das Geld unter günstigen Bedingungen zu geben und verlangt für die Wechsel die Mitunterstützung der Städte Schwerin, Rostock, Wismar und Gültrow. Für Schwerin wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Bereitwilligkeit ausgesprochen.

Rendeburg. Enorme Wachten. Für die diesjährige Sommergründung auf dem Dräger Aufwendeich in der am unteren Lauf der Eider gelegenen Landschaft Stavelholm wurden schon im verflohenen Herbst für einen Anteil (Gras für ein Pferd) 40 000 bis 50 000 Mk. gezahlt. Jetzt werden aber, und dazu vergrößert, 150 000 bis 180 000 Mk. geboten. — In Wirklichkeit ist natürlich die Gräsung nicht für ein Pferd, sondern für eine Kuh berechnet, deren Milchbetrag die Wacht schon einbringt. Das Schreiben über neues Futter verstehen die Bauern ja ausgezeichnet.

Geestmünde. Schwere Unfälle auf einem Geestemünde in der Fischdampfer. Aus Helsingör meldet W.B.: Als am Mittwoch vormittag der Fischdampfer „Ferdinand“ aus Geestemünde bei der Insel Wolholm fischte, prang die Troße, die zwei Mann der Besatzung trug. Der eine wurde auf der Stelle getötet, während der andere einen Beinbruch erlitt. Der Dampfer lief sofort Helsingör an, wo der verletzte Mann im Krankenhaus Aufnahme fand. Das Schiff fuhr dann mit der Leiche des getöteten Matrosen an Bord nach Geestemünde ab.

Odenburg. Roggenanweisungen. Der Ausgabepreis einer auf 150 Kg. lautenden, am 1. April 1927 rückzahlbaren Roggenanweisung der Staatlichen Kreditanstalt Odenburg beträgt zurzeit 32 195 Mk. Auf diesen Preis werden dem Erwerber zunächst 3 Proz. Diskont bis zum 1. April 1923 zurückerstattet. Die weitere Verzinsung liegt darin, daß der Ausgabepreis dem ungeführten Gegenwert von 125 Kg. Roggen nach der Berliner Notiz entsprechen soll, in Wirklichkeit ist dieser Kurs sogar noch nicht ganz erreicht, während die Einlösung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Preises von 150 Kg. erfolgt. Die Staatliche Kreditanstalt Odenburg ist in der Lage, im Rahmen der ihr erteilten Ermächtigung zur Ausgabe von insgesamt 6 000 000 Kilogramm Roggenanweisungen, auch größerer Nachfrage zu entsprechen. Um die Möglichkeit zu schaffen, auch kleinere Kapitalien in diesen werthaltigen Anlagepapieren anzulegen, ist neuerdings die Landesparlamente zu Odenburg zur Ausgabe von Anteilscheinen von Roggenanweisungen ermächtigt worden. Die Anteilscheine, die die gleichen Bestimmungen wie die Roggenanweisungen selbst enthalten, werden von der Landesparlamente ausgegeben, nachdem diese den entsprechenden Betrag von Roggenanweisungen erworben hat und sind ebenso wie die Roggenanweisungen Inhaberpapier, die dem Depotzwang nicht unterliegen. Sie lauten auf mindestens ein Dreißigstel Anteil eines Roggenanweisung, so daß der Mindestpreis eines Anteilscheines zurzeit etwas über 1000 Mk. beträgt. Es ist zu erwarten, daß auch andere Sparfassen demnächst zur Ausgabe dieser Anteilscheine übergeben werden.

Geschichte. Einen Meeressteg, wie wir ihn seit der Vorkriegszeit nicht gehabt haben, brachte das neue Jahr, 5-60000 Pfund Heringe und Sprötten, die durchweg mit reichlich 100 Mk. das Pfund abgesetzt wurden, so daß 50-60 Millionen Mark erzielt sind. Den Löwenanteil fingen die Ringwaden, deren 40 aus allen Fischereilagen Schleswig-Holsteins sich hier zusammengekommen haben, aber auch die Handwaden machten gute Fänge. Der Markt war hier überfüllt und viele Rentner gingen mit der Bahn und mit Kraftlastwagen nach den Küstentagen mit Räuchererei und ins Binnenland. Den Höchstfang hatte eine Kappeler Wade mit 25000 Pfund im Werte von fast 4 Millionen Mark. Ungeheure Schwärme sehen in und vor der Förde. Die Preise am Fischmarkt sind 70-80 v. G. gemächlich. So berichtet die bürgerliche Presse. Von einer Verbilligung der Fische hat man noch nichts gehört. Wo läßt sich der Segen nieder?

Aus aller Welt.

Grabenkatastrophe in Deutsch-Oberschlesien. 4 Bergleute dem sicheren Tode geweiht. Ein furchtbares, in seiner Abmessung offenbar noch gar nicht zu ermessendes Grubenunglück hat sich in Hindenburg in Deutsch-Oberschlesien zugetragen. Auf der Abwehr-Grube explodierte eine Benzol-Bolomotte, wodurch eine ganze Strecke in Brand geriet. Etwas 45 Bergleuten wurde der Ausgang abgeschnitten. Wie die Grubenleitung hierzu mitteilt, ist zu befürchten, daß sämtliche Eingeshlossenen den Tod gefunden haben. Ueberfall auf eine Reichstagsabgeordnete. Mittwoch abend wurde in der Nähe des Rüstiner Platzes die württembergische Reichstagsabgeordnete Gen. Ziegler von einem Manne mit einem Dolche überfallen. Auf die Hilfezufe eilte eine Gruppe von Frauen, die aus einer Versammlung kamen und ein Schuhmann herbei. Der Missetäter wurde festgenommen. Es handelt sich um einen polnischen Staatsangehörigen, der einen dreijährigen Dolch mit sich führte. Von einer Granate zerissen. In Berlin zerlegte der 21 Jahre alte Arbeiter Brege in der Wohnung seiner Schwiegermutter eine Granatgranate. Nöthlich explodierte der Zylinder unter lautem Krachen, und die Splitter drangen dem Unvorsichtigen in den Körper, so daß er sofort tot zusammenbrach. Seine in demselben Zimmer anwesende 30 Jahre alte Ehefrau erlitt am Kopf, seine sich ebenfalls dort aufhaltende Schwiegermutter an beiden Beinen erhebliche Verletzungen. Das 2½-jährige Kind des Brege, das in einen Korb lag, blieb unversehrt. Durch die Sprengkühle ist ein Teil der Zimmer Einrichtung stark beschädigt worden.

Theater und Musik.
Stadttheater.
„Tiefeland“ von d'Albert ist kein musikalisches Hochland sondern mehr eine interessante Gegend, die durch geschickte Anlage und äußerliche Effekte Zuhörer und Zuschauer lockt. Am Donnerstag lohnte sich ein Blick ins „Tiefeland“, denn es lag etwas Sonnenchein darüber, der von einer respektablen Wiederaube unter der Führung Kapellmeisters Stiefel ausging. Curt Heimberg ist ein stimmlich glänzender, auch in der Darstellung besonders glücklicher Redio. Deerenkamp zwar kein sehr robuster, aber doch gut erfahrener und durchgeführter Sebastian, ein Herrenmensch mit irischem Organ. Als eine außergewöhnliche Erscheinung. Die rundliche Martha der neuen dramatischen

Sängerin Lola Dornreil entwickelt Bühnengewandtheit und frisches Temperament, das sich im Laufe der Ereignisse steigerte; sie war gefänglich sicher und zeigte auch stimmliche Vorzüge, die allerdings nicht gleichmäßig über alle Register verteilt zu sein scheinen. Man wird abwarten müssen, wie sie sich in anderen heroischen Partien bewährt. Annemarie Mannhaed findet für die kindliche Nuri den antwortenden kindlichen Ton. Neu und brav war der Plando des Herrn Kopp. Die Darstellung fand den lebhaften Beifall des gut besuchten Hauses.
X
Luitung.
Für den Preisfonds gingen ein: Marktstr. 43 500 Mk. Ortsgruppe Groß-Trönau 121 Mk. Kantorpersonal des Lüb. Volksboten 1800 Mk. R. 20 Mk. Ueberfuß von der Silvesterfeier der Sozialdemokratischen Vereine Seereh-Dänischburg 918 Mk.
Das Parteisekretariat.

Theater und Musik.

„Tiefeland“ von d'Albert ist kein musikalisches Hochland sondern mehr eine interessante Gegend, die durch geschickte Anlage und äußerliche Effekte Zuhörer und Zuschauer lockt. Am Donnerstag lohnte sich ein Blick ins „Tiefeland“, denn es lag etwas Sonnenchein darüber, der von einer respektablen Wiederaube unter der Führung Kapellmeisters Stiefel ausging. Curt Heimberg ist ein stimmlich glänzender, auch in der Darstellung besonders glücklicher Redio. Deerenkamp zwar kein sehr robuster, aber doch gut erfahrener und durchgeführter Sebastian, ein Herrenmensch mit irischem Organ. Als eine außergewöhnliche Erscheinung. Die rundliche Martha der neuen dramatischen

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Preiskart Lübeck und Journalismus Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Sie husten nun schon wochenlang

und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Wir raten Ihnen, aus 50 Gramm echtem Fagot-Extrakt durch Aufkochen mit ¼ Bid. Zucker u. ¼ l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Sulfonmedicin selbst herzustellen. Süßer Fagot-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Pharmazie, Monstrasse 10. (11788)

Amtlicher Teil
Der Senat hat den Kanzleisekretär beim Stadt- und Landamt Heinrich August Lito Sienburg zum Stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Lübeck I ernannt. (11788)

Haare Käse
100 Gramm bis 400 Mk. (11775)
Geschäftszeit 9-12, 3-5 Uhr.
Kostbahn, Haarhandlung, Sandstr. 12. F. 6487

Frauenhaar!
Kaufe jeden Posten, gute u. feinstehende, wahl für 100 Gr. 250-300 Mk.
Nur Freitag, d. 12. u. Sonnabend, d. 13. d. Wst.
E. u. F. Broder, (11780)
Johannisstr. 1. Soer. Damen-Salon.

Ständiger Verkauf von altem Gold, Silber, Platin, Bruch, alten Gefäßen, Schmuckstücken, Brillanten zu höchsten Preisen.
Goldschmied Tollgreve,
92 Königstraße 92. (11774)
Edelmetallschmelze. Fernruf 3016.

Börse 79 Fischergrube 79
Wer kauft und verkauft am vortheilhaftesten Garderobe, Seemannsartikel, Bekleidung. (11784) Kommt auf Verkauf und Haus.
79 Fischergrube 79.

Käse
Vor Eingang der nächsten Waren geben wir unserer Kundenschaft Gelegenheit zum billigen Einkauf:
Reife Harzer 450.—
fetter Streichkäse 300.—
fetter Dillkäse 550.—
alle anderen Waren in nur 1a. Qualität. (11793)
Gold u. Pund
Stand 4 u. 6
Markthalen-Aufschlag.
Wir bitten, gefälligst auch Stand 6 zu beachten.
Freitag und Sonnabend:
1a. ferngettes
Roß (fallen)-Fleisch
Kandwurst
Gartengerichte und
Lebensmittel.
Marlesgr. 27 (11793)

STADTHALLEN
Lichtspiele.
Mühlenbrücke 13. Tel. 8749.
Vom 12. bis 18. Januar:
Das blonde Verhängnis
Das Schicksal einer Zirkusreiterin in 6 Akten.
Das Mädchen vom Mooshof.
Großer schwedischer Film in 5 Akten nach der Erzählung von Selma Lagerlöf. (11786)
Muz und ihre Verehrer.
Lustspiel.
Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Kostgeldsätze der Heilanstalten
ab 16. Januar 1923.
A. Allgemeines Krankenhaus:
11782
Sichere Auswärtige je Tag je Tag
III. Klasse: Erwachsene ... M. 1600.— M. 2000.—
Kinder bis zu 1 Jahr 550.— 550.—
Kinder vom 1. bis zum 15. Lebensjahr 650.— 550.—
II. Klasse: Erwachsene ... 2000.— 2500.—
Kinder bis zum 15. Lebensjahr 2150.— 2550.—
I. Klasse: Erwachsene ... 4700.— 5750.—
Kinder bis zum 15. Lebensjahr 2800.— 3500.—
Für alle in der Einbindungsanstalt geborenen Säuglinge M. 550.— je Tag.
B. Seemannskrankenhaus:
III. Klasse: Erwachsene ... M. 800.— M. 1000.—
II. Klasse: Erwachsene ... 1400.— 1800.—
I. Klasse: Erwachsene ... 2850.— 3500.—

Unser großer diesjähriger **Inventur-Ausverkauf** vom 6. bis 19. Januar.
1 Posten reelle starke Schuhwaren:
1 Posten starke Arbeitsstiefel 8400.—
1 do. starke Schattstiefel 11500.—
1 do. starke Ledergamaschen ohne Reiß 10 750.—
1 do. eleg. Seitenstiefel 8700.—
1 do. Damenhalbschuhe 7900.—
Sportstiefel, eleg. Damen, Herren, Kinderstiefel, 1 Posten Kamelhaarstiefel, warme Pantoffeln, Lederstiefel, Damenstiefel etc.
Kinderstiefel in allen Größen 15-22, 23-27, 27-30, 31-35

Ein Posten Herrenkonfektion. 11787
Lefere reellen Qualitäten und wertvollsten Stoffen.
Schnitten von 2500.—, gefast elegant, Socken 1880.—, 2400.—, Hosen und Hemden, elegant, Herren, eleg. Anzüge, Sackhosen, 12 500.—, Gesamtwert 15 500.—, Güte, Prägnanz, Schönheit, Ausdauer.
Sonderpreis, 30. Feb. Sonderpreise, Sonderpreis, Sonderpreise, Sonderpreise.
1 Posten eleg. Jumper und Strickjacken für Damen.

Chlers & Neuwisch
Schenken Sie die besten in den 5 Schenkstätten. Ganz besonders billig.
Schenkestr. 1 21. Fern. — 1

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (11791)
Ortsgruppe Seawartau.
Versammlung
sämtlicher Hafenarbeiter am Sonnabend, 13. Jan. abds. 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht über die Lohnverhandlungen. Die Ortsverwaltung. Zentral-Hallen.
Sonnabend: (11791)
Gr. Langstränchen
Friedr.-Franz-Ind. Sonnab. 13. Jan.: Langstränchen. Sonntag feierl. Langstränchen. (11798)
Sonnab. 13. Jan. 7 Uhr. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie.
Verlosung
am 21. Jan. 1923, 2 Uhr nachm. (bestimmt) im Arbeiter-Sportheim, Hundestr. 41.
Lose sind zu haben bei Herm. Kersten, Süßstraße 8. Buse, Breue Straße, Köhlig, Goldemirstraße, Löhmann, Holstenstr., Schauer, Königstr. (11771) Der Verlosungsausgleich.

KOLO SSEUM
Morgen Sonnabend:
Großer Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Keine geschlossene Gesellschaft. (11772)
Joh. u. R. Mittag.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. e. g. m. b. H.
Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder der Waren-Abgabestelle 11 Vorwerk
am Sonnab., d. 13. Jan. abends 7 Uhr
im Lokale des Herrn Lambrecht, Bogenstr., Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Genossenschaftsrats und Wahl derselben. (11788)
3. Genossenschaftliches. Wir bitten um recht zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Heute Freitag und morgen Sonnabend 7½ Uhr: (11781)
Die kleine Sünderin.
Doerettenschwanz in 3 Akten v. Jean Gilbert
Sonntag 8 Uhr:
(Aus Anlaß des nationalen Trauertages)
Einmaliges Gesamtgastspiel des Deutschen Schauspielers. Hamburg:
Die Siebzehnjährigen.
Schauspiel in 4 Akten von Max Dreyer.

Lübeckisches Symphonie- u. Stadttheater-Orchester.
Morgen
Sonnabend, d. 13. Januar 1923, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Großes volkstümliches Extrakonzert
mit Wolfgang Martin und Ina Krieger, Hamburg (Abevier).
Der höchste Abend der bisherigen Spielzeit!
Eintritt einsteufiges Programm u. Steuer nur Mk. 50.— (11798)
Bitte Vorverkaufsstellen benutzen.

Stadttheater Lübeck
Freitag 7.30, Ab. C)
Don. Jan.
Sonnabend 7.30, Volksbühne: Volksgefang.
Sonnt. 10 Uhr, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Hände: Don. Jan.
3 Uhr: Heuner en Dack.
7.30: Unbestimmt.
Montag 7.30: Volkstheater.
Konzert. (11782)

Die Gebühren der Friedhofsbehörde
werden vom 15. d. M. ab wiederum erhöht. Der Bestatter im Bureau, Nischstraße 35 Nr. 1, Stadt, eingesehen werden.
Das Bureau dient auch als öffentliche Sammelstelle in allen Angelegenheiten des Bestattungswesens. Der Antrag übernimmt der Bestatter, unangenehm die mit einer Bestattung verbundenen Abgaben. (11779)
Die Friedhofsbehörde.

Nichtamtlicher Teil
H. Folkers, 21. Bismarckstr. (11775)
W. G. Rost, 21. Bismarckstr. (11776)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11777)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11778)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11779)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11780)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11781)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11782)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11783)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11784)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11785)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11786)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11787)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11788)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11789)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11790)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11791)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11792)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11793)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11794)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11795)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11796)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11797)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11798)
H. Meyer, 21. Bismarckstr. (11799)

Seminarmäßige Bestattungs-Gesellschaft m. b. H.
Lübeck, Hundestr. 49/51.
Übernahme von Bestattungen
in der einfachsten (11778)
bis zu der feinsten Ausführung.

Die höchsten Preise für FELLE
wie: Hasen, Kanin, Ziegen, Rehe, Kalb, Fuchs, Marder, Mäuse, Katzen usw.
sowie für Pferde-, Kuh- u. Krotthaare
erhalten Sie stets unter reeller Übernahme bei
Carl Wagner, Bankwärtgr. 25, Fernruf 3111. (11776)
Friedrichstr. 111. (11777)
Friedrichstr. 111. (11778)
Friedrichstr. 111. (11779)
Friedrichstr. 111. (11780)
Friedrichstr. 111. (11781)
Friedrichstr. 111. (11782)
Friedrichstr. 111. (11783)
Friedrichstr. 111. (11784)
Friedrichstr. 111. (11785)
Friedrichstr. 111. (11786)
Friedrichstr. 111. (11787)
Friedrichstr. 111. (11788)
Friedrichstr. 111. (11789)
Friedrichstr. 111. (11790)
Friedrichstr. 111. (11791)
Friedrichstr. 111. (11792)
Friedrichstr. 111. (11793)
Friedrichstr. 111. (11794)
Friedrichstr. 111. (11795)
Friedrichstr. 111. (11796)
Friedrichstr. 111. (11797)
Friedrichstr. 111. (11798)
Friedrichstr. 111. (11799)

Trocadero.
Schauspiel. A. E. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Weberus-Stimmungs-Konzerte.
11798